

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 12.06.2008 um 18.10 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Günther
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (Ohne Ziffer 2 B)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel (bis 21.00 Uhr, Ziffer 5)
Stadträtin Glos
Stadträtin Kahnt
Stadtrat Sycha (ohne Ziffer 4)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Bürgermeisterin Regan
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt
Stadtrat Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm (ohne Ziffer 4)
Stadtrat Schardt (ohne Ziffer 4)

Ortssprecher:

Frau Schlötter (Sickershausen)
Herr Pfreuzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter:

Rechtsrätin Schmöger
Frau Noormann
Stadtplaner Neumann
Amtfrau Hartmann (bis Ziffer 2)
Dipl. – Ing. Wirth (Ziffer 3 und 5)
Dipl. – Ing. Volkamer (Ziffer 5)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Lorenz
Stadtrat May
Stadträtin Dr. Endres-Paul

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Oberste Gemeindeorgane:

hier: Zusammensetzung des Stadtrates, Besetzung der Ausschüsse, Bestellung von Aufsichtsräten und Mitgliedern von Gesellschaftsversammlungen sowie die Bildung von Referaten und Beiräten mit Besetzung

A. **Ohne Abstimmung**

1. Der Austritt der Stadträte Böhm und Schardt aus der CSU-Fraktion und die Bildung der Gruppierung „Pro Kitzingen“ (ProKT) wird zur Kenntnis genommen.

Gruppensprecher: Stadtrat Böhm **Vertreter:** Stadtrat Schardt

2. Die Besetzung der **Ausschüsse** wird ab sofort wie folgt geändert:

a) **Finanzausschuss**

	<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>1. Vertretung</u>	<u>2. Vertretung</u>
CSU	Stadträtin Schwab Stadtrat Moser	Stadtrat Rank Stadtrat Weiglein	Stadträtin Stocker Stadtrat Stiller
ProKT	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt	

b) **Personalausschuss**

	<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>1. Vertretung</u>	<u>2. Vertretung</u>
CSU	Stadträtin Stocker Stadtrat Stiller	Stadtrat Moser Stadträtin Schwab	Stadtrat Weiglein Stadtrat Rank
ProKT	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt	

c) **Verwaltungs- und Bauausschuss**

	<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>1. Vertretung</u>	<u>2. Vertretung</u>
CSU	Stadtrat Rank Stadtrat Weiglein	Stadträtin Schwab Stadtrat Moser	Stadtrat Stiller Stadträtin Stocker
ProKT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm	

d) **Ferienausschuss**

Nach Losentscheid zwischen ProKT und der ödp erhält die **PRO KT** einen Sitz im Ferienausschuss.

e) Rechnungsprüfungsausschuss

	<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>1. Vertretung</u>	<u>2. Vertretung</u>
CSU	Stadtrat Stiller	Stadtrat Weiglein	Stadträtin Stocker

Nach Losentscheid zwischen ProKT und der ödp erhält die Pro KT einen Sitz im Rechnungsprüfungsausschuss

ProKT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm
-------	------------------	---------------

B. Oberbürgermeister Müller bittet um Vorschläge für den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss.

Stadträtin Richter schlägt vor, dass Stadträtin Wallrapp weiterhin den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss innehat.

Mit 28 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis, dass Stadträtin Wallrapp den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss führt.

C. Oberbürgermeister Müller bittet um Vorschläge für den stellvertretenden Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss.

Stadtrat Schmidt schlägt Stadträtin Richter vor.

Mit 28 : 0 Stimmen

Es besteht Einverständnis, dass Stadträtin Richter den stellvertretenden Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss bekommt.

D. Ohne Abstimmung

3. Aufsichtsräte und Gesellschafterversammlungen werden wie folgt besetzt:

a) Kitzinger BauGmbH-Gesellschafterversammlung

	ordentliches Mitglied
CSU	Stadtrat Weiglein
	Stadtrat Stiller
ProKT	Stadtrat Schardt

b) Stadtbetriebe GmbH-Aufsichtsrat

	ordentliches Mitglied
CSU	Stadtrat Weiglein
	Stadtrat Stiller
Pro KT	Stadtrat Schardt

c) Gesellschaft zur Durchführung der kleinen Landesgartenschau 2011

	ordentliches Mitglied	Vertreter
CSU	Stadtrat Weiglein	Stadtrat Stiller

4. Umlegungsausschuss:

	ordentliches Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
CSU	Stadtrat Rank	Stadtrat Weiglein	Stadträtin Schwab

E. Hinsichtlich der Bildung und Benennung der Referate verweist Oberbürgermeister Müller auf die Sitzungsvorlage, wonach zunächst die Festlegung getroffen werden müsse, ob es zukünftig 12 oder 11 Referate sein werden. Stadtrat Heisel geht ausführlich auf die gegenwärtige Situation hinsichtlich der Vergabe der Referate ein und spricht seinen Unmut bezüglich des Vorgehens aus. Er kritisiert, dass der Ursprung der Postenschacherei die Äußerung nach der Wahl von Oberbürgermeister Müller zu den weiteren Stellvertretern gewesen sei, laut der diejenigen einen Anspruch auf den Stellvertreterposten hätten, die die meisten Stimmen von den Wählerinnen und Wählern auf sich vereinigen. Seiner Auffassung nach seien Verhandlungen mit den weiteren Gruppierungen legitim, jedoch habe der Oberbürgermeister hierdurch bewusst Mehrheiten im Vorfeld abgestimmt. Er bemängelt, dass anderen Fraktionen Referate und Zuständigkeiten im Vorfeld zugesprochen werden. Dabei spricht er vor allem den Bereich Bürgerbeteiligung an, den 2. Bürgermeister Christof in seiner Eigenschaft als weiterer Stellvertreter erhalten habe bzw. die Trennung von Schule und Kultur, so dass die Freien Wähler Anspruch auf ein weiteres Referat haben. Seiner Auffassung nach habe sich Stadträtin Dr. Endres-Paul in der vergangenen Legislaturperiode sehr für den Bereich Schule und Kultur eingesetzt. Nachdem sie die Kompetenz dazu hätte sollte sie das Referat auch wieder bekommen. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass der Bereich Wirtschaft und Konversion getrennt werden müsste, um einem Referat nicht zu viel Kompetenz zu erteilen. Die SPD beantragt, dass zunächst über die Zusammenlegung von Schule und Kultur sowie über Trennung von Wirtschaft und Konversion abgestimmt werde, bevor man endgültig über die Anzahl Beschluss fasse. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass man geteilter Meinung sein könne, ob die Kandidaten mit den meisten Stimmen automatisch einen Stellvertreterposten verdient hätten. Darüber hinaus erklärt er, dass für gewöhnlich die stärkste Fraktion im Gremium einen Stellvertreter stellt, was die UsW jedoch nicht eingefordert habe. Er weist darauf hin, dass die genannten Vorwürfe in gleicher Weise auf das Vorgehen bei der vergangenen Legislaturperiode passen würde. Abschließend betont er, dass die Abstimmung in heutiger Sitzung erfolge und die Gespräche in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung lediglich dem Austausch dienen. Stadtrat Heisel stellt fest, dass über die Abschaffung von diversen Referaten (Wohnung, Friedhof) nochmals im Stadtrat hätte diskutiert werden müssen und verweist auf Maßnahmen die im Zusammenhang mit beiden Referaten in Zukunft anstehen. Darüber hinaus befürwortet er die Verteilung der Referate nach der Kompetenz und nicht nach der Macht. Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die Referate Schule und Kultur bzw. Wirtschaft und Konversion getrennt werden.

F. Mit 16 : 12 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, das Referat Schule und Kultur in Schulwesen und Bildung bzw. Kultur und Brauchtum zu trennen.

G. Mit 4 : 26 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, das Referat Wirtschaft und Konversion in den Bereich Wirtschaft und den Bereich Konversion zu trennen.

H. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit das Referat Schule und Kultur getrennt und der Bereich Wirtschaft und Konversion nicht getrennt werde.

2. Bürgermeister Christof fragt nach, ob nun über seinen Antrag, die Aufteilung der Referate nach der fachlichen Eignung und nicht wie bisher, nach dem Stärkeverhältnis, festzulegen, abgestimmt werde.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Fraktionsvorsitzendenbesprechungen, in denen die Festlegung nach dem Stärkeverhältnis besprochen wurde. Er wundert sich, dass dennoch über den Antrag abgestimmt werden solle. Seiner Auffassung bestimme die jeweilige Fraktion oder Gruppe ihren Fachmann für das entsprechende Referat.

2. Bürgermeister Christof geht im Folgenden auf seinen Antrag ein und stellt dar, dass durch die Benennung der Referate mittels Qualifikation die Postenschacherei unter den Fraktionen und Gruppen wegfallen werde. Jeder Stadtrat habe die Möglichkeit sich um die Referentenposten zu bewerben. Dabei müsse er auch seine Ziele definieren. Darüber hinaus sollten die Referenten ein Budget erhalten und am Jahresende einen Bericht abliefern. Er bittet um Zustimmung, dass die Referate nach diesem Modell vergeben werden.

Die Stadträte geben zu Bedenken, wer hierbei die Maßstäbe festsetze und wie das Auswahlverfahren abzulaufen habe.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung.

I. Mit 8 : 20 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, die Referate nach der Qualifikation festzulegen.

J. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag somit abgelehnt wurde. Er bittet nun um Beschlussfassung hinsichtlich der einzelnen Referate. Er weist darauf hin, dass zunächst die strittigen Referate zur Abstimmung gestellt werden. Abschließend werde man über die Referate on Block abstimmen.

a) Schulwesen und Bildung

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die SPD das Referat Schulwesen und Bildung erhalten solle.

Mit 12 : 16 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, das Referat Schulwesen und Bildung der SPD zuzusprechen

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit die Freien Wähler das Referat Schulwesen und Bildung erhalten.

b) Ökologie, Umwelt und Energie

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die SPD oder ProKT das Referat Ökologie, Umwelt und Energie erhalte.

Mit 10 : 18 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit der SPD das Referat zukommen zulassen.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass somit ProKT das Referat erhalte.

K. Mit 27 : 1 Stimmen

Mit folgender Bildung und namentlicher Festlegung der Referate besteht Einverständnis:

<u>Referat</u>	<u>Vorsitzende/r</u>	<u>Vertreter/in</u>
Wirtschaft und Konversion:	Stadtrat Schmidt	Stadtrat Lorenz
Tourismus:	Stadträtin Wallrapp	Stadtrat Haag
Jugend- und Familien- angelegenheiten:	Stadträtin Stocker	Stadtrat Moser
Sport:	Stadtrat May	Stadtrat E. Müller
Freiwillige Feuerwehr:	Stadträtin Richter	Stadtrat M. Müller
Soziale Stadt und Stadtteolförderung:	Stadträtin Schmidt	Stadtrat Pauluhn
Senioren und Menschen: mit Behinderung:	Stadtrat Konrad	Stadtrat Popp
Stadtentwicklung:	Stadtrat Rank	Stadtrat Moser
Integration:	Stadträtin Glos	Stadtrat Heisel
Ökologie, Umwelt und Energie:	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt
Schulwesen und Bildung:	Bürgermeisterin Regan	Stadträtin Wachter
Kultur und Brauchtum:	Stadträtin Dr. Endres-Paul	Stadträtin Kahnt

L. 2. Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass er aufgrund der Ablehnungen seines Antrages dagegen gestimmt habe.

M. **Ohne Abstimmung**

Mit der Bildung und der Besetzung folgender Beiräte besteht Einverständnis:

a) Stadtentwicklungsbeirat

Vorsitz: Stadtrat Rank

UsW	Stadtrat Schmidt	Stadtrat Lorenz	Stadträtin Richter
CSU	Stadtrat Moser	Stadtrat Stiller	Stadträtin Schwab
SPD	Stadtrat Sycha	Stadträtin Kahnt	Stadträtin Dr. Endres-Paul
FW	Stadtrat Haag	Bgmin. Regan	Stadträtin Wallrapp
KIK	2. Bgm. Christof	Stadtrat Konrad	Stadtrat Popp
ödp	Stadtrat Pauluhn	Stadträtin Schmidt	
Pro KT	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt	

b) Jugendbeirat

Vorsitz: Stadträtin Stocker Vertreter: wird aus der Mitte des Beirates gewählt

UsW	Stadtrat M. Müller	Stadtrat May	Stadtrat Ferenczy
CSU	Stadtrat Moser	Stadtrat Rank	Stadtrat Stiller
SPD	Stadträtin Glos	Stadtrat Heisel	Stadträtin Dr. Endres-Paul
FW	Stadträtin Wachter	Bgmin. Regan	Stadtrat Haag
KIK	Stadtrat Popp	Stadtrat Konrad	2. Bgm. Christof
ödp	Stadträtin Schmidt	Stadtrat Pauluhn	
ProKT	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt	

c) Senioren- und Behindertenbeirat

Vorsitz: wird aus der Mitte des Beirates gewählt

UsW	Stadträtin Richter	Stadtrat Ferenczy	Stadtrat E. Müller
CSU	Stadträtin Stocker	Stadtrat Stiller	Stadtrat Weiglein

SPD	Stadtrat Heisel	Stadträtin Glos	Stadträtin Dr. Endres-Paul
FW	Stadträtin Wachter	Bgmin. Regan	Stadträtin Wallrapp
KIK	Stadtrat Konrad	Stadtrat Popp	2. Bgm. Christof
ödp	Stadträtin Schmidt	Stadtrat Pauluhn	
ProKT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm	

d) Kulturbeirat

Vorsitz: Stadträtin Dr. Endres-Paul

UsW	Stadtrat Günther	Stadtrat Lorenz	Stadtrat May
CSU	Stadträtin Stocker	Stadtrat Stiller	Stadtrat Moser
SPD	Stadträtin Dr. Endres-Paul	Stadträtin Kahnt	Stadtrat Heisel
FW	Stadträtin Wallrapp	Stadträtin Wachter	Bgmin. Regan
KIK	2. Bgm. Christof	Stadtrat Popp	Stadtrat Konrad
ödp	Stadträtin Schmidt	Stadtrat Pauluhn	
ProKT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm	

e) Integrationsbeirat:

Vorsitz: Stadträtin Glos

UsW	Stadträtin Richter	Stadtrat M. Müller	Stadtrat Ferenczy
CSU	Stadträtin Stocker	Stadtrat Weiglein	Stadtrat Stiller
SPD	Stadträtin Glos	Stadträtin Kahnt	Stadtrat Heisel
FW	Stadträtin Wachter	Bgmin. Regan	Stadtrat Haag
KIK	Stadtrat Popp	Stadtrat Konrad	2. Bgm: Christof
ödp	Stadtrat Pauluhn	Stadträtin Schmidt	
ProKT	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm	

f) Umweltbeirat

Vorsitz: Stadtrat Böhm

UsW	Stadtrat M. Müller	Stadtrat Ferenczy	Stadtrat Schmidt
CSU	Stadtrat Rank	Stadträtin Schwab	Stadtrat Weiglein
SPD	Stadtrat Sycha	Stadträtin Kahnt	Stadträtin Glos
FW	Stadtrat Haag	Stadträtin Wallrapp	Bgmin. Regan
KIK	2. Bgm. Christof	Stadtrat Konrad	Stadtrat Popp
ödp	Stadtrat Pauluhn	Stadtrat Schmidt	
ProKT	Stadtrat Böhm	Stadtrat Schardt	

2. Umgestaltung Mainpromenade, 2. BA

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Information über die beitragsrechtliche Situation

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter spricht sich grundsätzlich für die Sondersatzung aus, nachdem die Bürger hiermit entlastet werden. Sie bittet aber um Prüfung, ob diese Sondersatzung auch für die weiteren Bauabschnitte gelte bzw. ob eine solche Sondersatzung auch für die Bauabschnitte 3 und 4 gefasst werden könnte.

Rechträtin Schmöger erklärt, dass dies erst nach Feststehen der Maßnahmen für die weiteren Bauabschnitte endgültige ausgesagt werden könne.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab schließt sich der Sondersatzung ebenfalls an.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Kahnt spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für die Sondersatzung aus, jedoch ist sie der Auffassung, dass bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Satzung für die übrigen Bereiche festgelegt werden sollte, nachdem die Entwurfsplanung bereits vorliegt.

Ihr widerstrebe es, dass Anlieger der Mainpromenade an einem Bereich in den Genuss der Satzung kommen und andere nicht. Hierbei müsste man alle Anlieger gleich behandeln.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung die Bürger in diesem Bereich gleich behandeln möchte, jedoch könne eine Aussage, ob eine Satzung auch für die weiteren Bereiche gemacht werden könne, erst nach Feststehen der Maßnahme getroffen werden.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Satzung sowie die Ausbaustandards im Zusammenhang gesehen werden müssten, wofür man zunächst das Konzept zum Ausbau des Bauabschnittes 2 abschließend behandeln müsste.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich ebenfalls für die Sondersatzung aus und bittet, dass man dennoch die Ausbaustandards im Auge habe und diese nicht überdimensioniere.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls für die Sondersatzung aus.

B. Mit 24 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, eine Sondersatzung zur Abrechnung von Ausbaubeiträgen für die Maßnahme „Umgestaltung Mainpromenade, 2. BA“ zu erlassen.

3. Umgestaltung Mainpromenade Bauabschnitt 2

A. Oberbürgermeister Müller verliest nochmals den Beschluss aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 05.06.2008, laut dem zwar grundsätzlich die Rahmenplanung des Bauabschnittes 2 sowie der Anlegemöglichkeit für Hotelschiffe zugestimmt, jedoch die Pontonbrücke sowie die Dalben für die Anlegemöglichkeit für die Kleinboote abgelehnt wurde. Er weist darauf hin, dass in heutiger Sitzung nochmals eine Beratung diesbezüglich erfolge jedoch kein Beschluss gefasst werde. Nachdem die Fraktionen und Gruppen ihre Stellungnahmen hierzu abgegeben haben, werden diese den Planern weitergegeben, damit dies in die Planung eingearbeitet werden könne.

2. Bgm. Christof fragt nach, ob man hinsichtlich der Hotelschiffe Kontakt mit verschiedenen Betreibern aufgenommen habe. Seiner Meinung nach müsse zunächst der Be-

darf und eine Kosten/Nutzen-Rechnung vorliegen, bevor man Investitionen in dieser Höhe tätige.

Im Folgenden stellt Dipl. – Ing. Wirth dar, in welchem Bereich die Anlegestelle für die Hotelschiffe sein werde und erklärt, dass hierfür keine erneute Genehmigung ausgesprochen werden müsse.

Stadtrat Böhm stellt hinsichtlich der Hotelschiffe dar, dass man bereits verschiedene Gespräche mit Betreibern geführt habe, jedoch man hierfür ein Programm auf die Beine stellen müsse.

Stadtrat Heisel fragt nach, ob man die Schiffsanlegestelle auch an der Etwashäuser Seite installieren könnte, wodurch man in diesem Zusammenhang mit der Kleinen Landesgartenschau werben könnte.

Dipl. – Ing. Wirth verneint dies mit Blick auf die Wassertiefe und die Befahrbarkeit. Nach weiteren Wortmeldungen zu den Hotelschiffen stellt 2. Bürgermeister Christof den Antrag, dass die Stadt Kitzingen auf mögliche Betreiber zugehen sollte. Dabei sind die Frequenzen, die Liegegebühren sowie die Lärmbelästigung besonders abzuklären. Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

Dipl. – Ing. Wirth geht im Folgenden auf die Möglichkeiten ein, an der Mainpromenade die Anlegestelle für Kleinboote zu gestalten (Dalben, Steg, Treppe, Boje) und geht auf die jeweiligen Vor- und Nachteile ein. Darüber hinaus erläutert er, was sich gegenüber der Rahmenplanung verändert habe. Er stellt dar, dass die Anlegestelle für die Kleinboote ebenfalls genehmigungspflichtig sei und dabei auch für den Betrieb Einschränkungen für das Wochenende gesetzt werden könnten, damit die Lärmbelästigung möglichst gering sei.

Stadtrat Heisel stellt fest, dass hinsichtlich Natur in Kitzingen ebenfalls ein Steg entstehen sollte und fragt nach, ob an dieser Stelle ebenfalls Kleinboote anlegen könnten.

Dipl. – Ing. Wirth sagt eine Prüfung diesbezüglich zu.

Stadtrat Rank könnte sich vorstellen, neben der Mainbrücke Querstege quer zur Fließrichtung zu bauen, wodurch man sich seiner Auffassung nach die Dalben einsparen könnte. Diese Möglichkeit bittet er im gesamten Uferbereich zu prüfen.

Dipl. – Ing. Wirth sagt dies zu.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass kein Beschluss gefasst werde, sondern nach Einarbeitung der Anregungen der Fraktionen und Gruppen einen nochmalige Beratung erfolge.

4. Ausbau Bahnhofplatz, Amalienweg, Friedrich-Ebert-Straße, Friedenstraße

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Information über die beitragsrechtliche Situationbeitrag

(Die Stadträte Böhm, Schardt und Sycha sowie Ortsprecherin Schlötter sind von der Beratung bzw. Beschlussfassung ausgeschlossen und begeben sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Ohne Abstimmung

1. Die Straßenzüge „Bahnhofplatz“, „Amalienweg“, „Friedrich-Ebert-Straße“ und „Friedenstraße“ werden nach dem derzeitigen Stand der Planung jeweils als eigene Erschließungsanlage nach der Ausbaubeitragssatzung der Stadt Kitzingen abgerechnet.
2. Bei der Abrechnung der „Friedenstraße“ werden die Kosten des 1. Bauabschnittes aus dem Jahr 1983 (von der Kaltensondheimer Straße bis ca. Grundstück Friedenstraße Haus-Nr. 5) in die Abrechnung mit einbezogen.

5. Bahnhofsumfeld Kitzingen

- A. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass in den Finanzausschusssitzungen am 05.06.2008 sowie am 10.06.2008 eine ausführliche Vorberatung erfolgte, so dass in dieser Sitzung über die einzelnen Punkte abgestimmt werden könne. Hinsichtlich der Einbahnstraße stellt er dar, dass man die Friedrich-Ebert-Straße nicht als Einbahnstraße festgelegt und vielmehr über die Variante 4 Beschlussfassen werden sollte. Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Straßenführung zwischen den Varianten 3 und 4, die Oberbürgermeister Müller zur Abstimmung stellt.

B. **Mit 11 : 16 Stimmen**

Die Friedrich-Ebert-Straße wird als zweibahnige Ortsstraße umgestaltet. Auf der nördlichen Seite wird dem Bauentwurf ein kombinierter Geh- und Radweg hinzugefügt. Somit entfallen die geplanten 29 Längsparkplätze auf der nördlichen Seite der Friedrich-Ebert-Straße vom Bahnhofplatz bis zum Rosengarten.

C. **Mit 23 : 4 Stimmen**

Die Friedrich-Ebert-Straße wird gem. dem Bauentwurf aus dem Jahr 2003 als zweibahnige Ortsstraße ausgebaut. Jedoch entfallen im südlichen Bereich der Staatsstraße von der Inneren Sulzfelder Straße bis zum Rosengarten vier geplante Längsparkplätze, um einen kombinierten Geh- und Radweg anzulegen und die Option eines durchgängigen Geh- und Radweges von der Südtangente zur Innenstadt bei späteren Umbaumaßnahmen der Inneren Sulzfelder Straße zu schaffen.

- D. Hinsichtlich der P+R Flächen verweist Oberbürgermeister Müller auf den bestehenden Beschluss vom November 2007 sowie auf die Diskussion in den Vorberatungen. Zu überlegen sei, ob man den Beschluss aufrecht erhalte oder ob man die bisherigen Grobplanungen hinsichtlich des Parkdecks bzw. des Parkhauses durch das Stadtbauamt von einem Fachplaner nochmals konkretisieren lasse. Darüber hinaus verweist er auf einen Termin im Wirtschaftsministerium in München, bei dem man die Grundstücksfrage mit der Bahn nochmals besprechen werde. Stadtrat Schmidt stellt den Antrag, dass ein Fachbüro nochmals die Planungen für ein Parkdeck bzw. ein Parkhaus im nördlichen Bereich übernehmen sollte.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das weitere Vorgehen und kommen überein, dass der Beschluss vom November 2007 zunächst ruhen sollte, bis die Grundstücksfrage geklärt sei. Darüber hinaus sollen 3 Büros zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden. Hiernach könne der Stadtrat entscheiden, welches Büro eine mögliche Planung übernehmen werde.

E. **Mit 27 : 0 Stimmen**

Dem Antrag der UsW-Fraktion wird stattgegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt für die Konzeption eines Parkhauses Angebote für Architektenleistungen einzuholen.

- F. Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass somit der Beschluss vom 08.11.2007 nicht aufgehoben werden müsse, sondern dieser bis nach Erstellung der Planunterlagen bzw. den Gesprächen mit der Bahn ruhen werde. Dipl. – Ing. Volkamer weist darauf hin, dass hierbei die HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) zum tragen kommen und man nach Vorlage der Angebote

und dessen Vorstellung im Gremium die entsprechenden Leistungsphasen vergeben werden können.

Für die Angebote entstehen der Stadt keine Kosten. Erst nach den Planleistungen (Grundlagenermittlung und Vorplanung) wofür der Stadt keine Kosten entstehen, können nähere Kosten zur Errichtung eines Parkdecks genannt werden.

G. Mit 23 : 3 Stimmen

Der Bürgerantrag vom 21.01.2008 wird abgelehnt.

6. Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes östlich von Hoheim zur Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik

Mit 26 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat lehnt vorerst die Einleitung eines Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplanes östlich von Hoheim mit dem Ziel der Ausweisung einer Fläche als Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik ab.

**7. Hinweis von Oberbürgermeister Müller
Fahrt nach Neu-Ulm zur Kleinen Landesgartenschau**

Oberbürgermeister Müller informiert alle Stadträte, die mit nach Neu-Ulm auf die Kleine Landesgartenschau fahren, dass um 8.00 Uhr Abfahrt am Bleichwasen sei und man gegen 18.00 bis 19.00 Uhr wieder in Kitzingen sein werde.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**8. Information von Oberbürgermeister Müller
Fahrt nach Montevarchi**

Oberbürgermeister Müller informiert, dass der Freundeskreis der Partnerstädte vom 05. bis 08. September 2008 nach Montevarchi fahre und weist darauf hin, dass hierfür noch Plätze frei seien. Falls mehrere Stadträte sich für die Fahrt interessieren, mache es sinn, dass man separat eine Fahrt zur Partnerstadt mache. Er bittet um Mitteilung an das Hauptamt.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.05 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer